

1 Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3

## 4 **Demokratie jetzt -**

### 5 **mehr Mitsprache für Kinder und junge Menschen im Land Bremen**

6

- 7 • Der SPD-Landesvorstand sorgt dafür, dass dem Thema „Kinder- und Jugendbeteiligung“  
8 in seiner politischen Arbeit endlich das nötige Gewicht verliehen wird und den Forde-  
9 rungen zur Beteiligung von jungen Menschen endlich Taten folgen!

10

- 11 • Der SPD-Landesvorstand gründet eine Arbeitsgruppe „Bürgerbeteiligung“ mit dem  
12 Schwerpunkt „Kinder- und Jugendbeteiligung“ und beauftragt diese AG damit, ein ent-  
13 sprechendes Konzept zur besseren Beteiligung von jungen Menschen zu entwickeln, das  
14 u.a. auch die folgenden Punkte umfasst:

- 15 ○ Förderung der flächendeckenden Einrichtung von Jugendbeteiligungsformen auf  
16 Stadtteilebene - wie Jugendbeiräte in Bremen bzw. einem Jugendparlament in  
17 Bremerhaven

- 18 ■ durch ein Einrichtung entsprechender Projektausschüsse „Kinder- und Jugend-  
19 beteiligung“ durch SPD-Beiratsfraktionen

- 20 ■ durch den Dialog mit Kindern und Jugendlichen zum Thema „Partizipation im  
21 Stadtteil“ an angemessenen Orten und in angemessener Form

- 22 ■ Einbringung entsprechender Anträge der SPD-Beiratsfraktionen zur Bereitstel-  
23 lung von Globalmitteln, damit den Projekten und Jugendbeiräten jährlich ent-  
24 sprechende Mittel zur Verfügung stehen, über deren Verwendung die jungen  
25 Menschen selbst entscheiden dürfen

- 26 ■ Berücksichtigung möglicher Beschlüsse/Wünsche/Ideen aus Jugendbeiräten und  
27 Jugendprojekten in der Beiratsarbeit - möglicherweise durch das Einbringen  
28 entsprechender Anträge der SPD-Fraktionen

- 29 ○ Einstellung von Planungssummen bei Beteiligungsverfahren für Projekte zur Betei-  
30 ligung von Kindern und Jugendlichen

- 31 ○ Entwicklung von partizipativen Möglichkeiten bei Angelegenheiten, die das Bil-  
32 dungs-/Schulwesen betreffen, wie beispielsweise der Einführung eines Stimm-  
33 bzw. Beratungsrecht für die Gesamtschülervertretung in der städtischen und  
34 staatlichen Deputation für Bildung und für die Allgemeinen Studierendenausschüs-  
35 sen im Wissenschaftsausschuss der Bremischen Bürgerschaft

- 36 ○ Umsetzung einer kinder- und jugendgerechten Stadt-/Landentwicklung

- 37 ■ Mittels einer kinder- und jugendgerechten Einbindung junger Menschen bei  
38 Beteiligungsverfahren, deren Ergebnisse auch tatsächlich in die weiteren Pla-  
39 nungen miteinfließen

- 40 •Mit besonderem Augenmerk bei Projekten, die Schulen, Kindergärten, Spiel-  
41 plätze, Freizeits, Sporteinrichtungen und weitere Treffpunkte junger Men-  
42 schen sowie die Kindergarten- und Schulwegeplanung betreffen!
- 43 ○ Mit einzubinden in die Arbeitsgruppe sind neben allen interessierten SPD-  
44 Mitgliedern die Beiratsmitglieder aus den für „Kinder bzw. Jugend“ zuständigen  
45 Stadtteilausschüssen, die jugendpolitischen SprecherInnen sowie die für Bürgerbe-  
46 teiligung zuständigen SprecherInnen der SPD-Bürgerschaftsfraktion und der SPD-  
47 Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven
  - 48 ○ Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe mit dem Konzept sollen über die SPD-  
49 Bürgerschaftsfraktion in die Bremische Bürgerschaft eingebracht werden.
- 50
- 51 • Der SPD-Landesparteitag fordert die SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, dem Thema „Kin-  
52 der- und Jugendbeteiligung“ mehr Gewicht in der politischen Arbeit der Fraktion zu  
53 geben. Der Schwerpunkt sollte hier bei dem der Zugang von (benachteiligten) Kindern  
54 und Jugendlichen zu Beteiligungsangeboten liegen.
- 55
- 56 • Des Weiteren fordert der SPD-Landesparteitag die SPD-Fraktionen in den Beiräten der  
57 Stadtgemeinde Bremen dazu auf, eine Beirätekonzferenz zum Thema „Kinder- und Ju-  
58 gendbeteiligung“ einzuberufen, um dem Thema auf Stadtteilebene einen entsprechen-  
59 den Raum zu geben. In Bremerhaven ist die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenver-  
60 sammlung dazu aufgefordert diesem Thema in der Versammlung durch eine Sitzung  
61 entsprechender Raum zu geben.
- 62
- 63 • Darüber hinaus fordert der SPD-Landesparteitag die SPD-Bürgerschaftsfraktion zu einer  
64 Reform von „Jugend im Parlament“ auf, das sich aus repräsentativ gewählten Jugendli-  
65 chen aus den Jugendbeiräten bzw. -parlamenten im Land Bremen zusammensetzt. Da-  
66 für sind im Haushalt der Bürgerschaft die nötigen Mittel und Stellen bereitzustellen.
- 67

#### 68 **Begründung:**

69  
70 Engagement und stärkere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger erfährt im Land Bremen ei-  
71 nen neuen Stellenwert. So setzt der Senat vermehrt auf die BürgerInnen-Beteiligung bei politi-  
72 schen Prozessen und Maßnahmen. SPD und Grüne haben deren Förderung prominent in der  
73 Koalitionsvereinbarung vom Juni 2011 festgesetzt.

74  
75 Wir Jusos begrüßen diese Partizipationsmöglichkeiten für Bremerinnen und Bremer, denn sie  
76 fördern die aktive Einbindung aller Menschen und können dazu beitragen, Politikverdrossenheit  
77 abzubauen und bürgerschaftliches Engagement zu fördern.

78 Allerdings betrifft die Beteiligung alle Generationen, denn nicht nur Erwachsene wollen mitre-  
79 den und sich engagieren, wenn sie unmittelbar betroffen sind, auch Kinder und junge Men-  
80 schen haben dieses Bedürfnis. Sie können durch diese Angebote positive Erfahrungen sammeln,  
81 Demokratie praktisch erleben und erkennen durch ihr Engagement, dass sie die Veränderbar-  
82 keit des eigenen Umfelds erreichen können. Auf der anderen Seite verbessert sich durch ihre

83 Beteiligung die strategische, kommunale Planung und passendere Angebote werden entwi-  
84 ckelt, denn Kinder und Jugendliche sind Expertinnen und Experten in eigener Sache. Deshalb  
85 sehen wir Jusos gerade in der Verbesserung ihrer Beteiligung wichtigen Handlungsbedarf!

86

87 Zwar ist das Land Bremen kein weißer Fleck auf der Landkarte, was die Beteiligungsmöglich-  
88 keiten von Kindern und Jugendlichen betrifft, denn mit repräsentativen Formen - wie dem  
89 Jugendbeirat, projektorientierten Angeboten sowie offen Beteiligungsformen - wie den Ju-  
90ugendforen, die sich in einigen Stadtteilen etabliert haben, bestehen bereits Partizipationsan-  
91gebote. Wir begrüßen daher, dass auch die rot-grüne Regierung diese Beteiligungsformen für  
92 junge Menschen in ihrem Koalitionsvertrag mit einer weiteren Förderung bedacht hat und er-  
93kannt hat, dass Kinder und Jugendliche mehr Partizipationsmöglichkeiten benötigen. Leider  
94sehen wir bislang kaum Effekte dieser Förderung, weshalb sind diese Angebote ausbaufähig  
95sind!

96

97 Die Gründe sehen wir vor allem darin, dass sie nicht allen Kindern und Jugendlichen den glei-  
98chen Zugang gewähren, was u. a. dem Informationsfluss geschuldet ist. Zwar erfolgt der Ein-  
99bezug neuer Medien und dem Web 2.0., aber alle Angebote zur Kinder- und Jugendbeteiligung  
100können besser beworben werden, um weitere Kinder und Jugendliche zu erreichen! Gerade  
101Mädchen und Frauen sowie Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund oder aus sozial  
102benachteiligten Haushalten sollten stärker berücksichtigt werden. Eine Schlüsselrolle fällt hier  
103sicherlich auch den Schulen zu, die die Partizipation als Unterrichtsinhalt vermitteln könnten!

104

105 Einen weiteren Ausbaugrund sehen wir in der Verteilung der Beteiligungsmöglichkeiten: Die  
106Angebote sind im Land Bremen sehr ungleich verteilt. Es ist daher wünschenswert, in allen  
107Stadtteilen für angemessene Möglichkeiten zu sorgen. Wir Jusos präferieren weiterhin die re-  
108präsentative Form der Beteiligung in Form von Jugendbeiräten, da dieser wirkliche demokrati-  
109sche Beteiligung auch für Kinder und Jugendliche mit sich bringt! Daher sind diese möglichst in  
110allen Stadtteilen zu etablieren.

111 Für die demokratische Legitimierung der Beiräte sollten die Wahlen durch die Schülerinnen  
112und Schüler in den stadtteilansässigen Schulen erfolgen. Wahlberechtigt sind alle Jugendlichen  
113in der Stadtgemeinde Bremen in dem Stadtteil, in dem sie wohnen. Sollten sie in diesem  
114Stadtteil nicht die Schule besuchen, können sie in Bremen in den Ortsämtern ihres Stadtteils  
115wählen. Dieses System hat sich bereits bei der Wahl zum Jugendbeirat Huchting bewährt. Zur  
116Etablierung der Jugendbeiräte nehmen zunächst die Beiräte und die Ortsämter in den einzel-  
117nen Stadtteilen eine Schlüsselrolle ein. Die Beiräte sollten den Dialog mit Kindern und Jugend-  
118lichen in angemessener Form - wie beispielsweise bei Podiumsdiskussionen in den Schulen oder  
119Foren, aber nicht am Rande von langwierigen Beiratssitzungen - suchen, um gemeinsam Betei-  
120ligungsmöglichkeiten zu entwickeln. Wichtig ist, dass hier die jungen Menschen im Vorder-  
121grund stehen und ihren Ideen wahrgenommen werden, um eine bestmögliche Beteiligungsform  
122zu etablieren.

123 Unser Ziel ist es, dass junge Menschen in jedem Stadtteil durch einen Jugendbeirat Politik  
124mitgestalten können. Sollten sich nicht genügend junge Menschen für einen Jugendbeirat zu-  
125sammenfinden können, stellen projektorientierte Formen eine Alternative dar. Diese führen

126 häufig zu einer größeren Beteiligung von jungen Menschen, weil sie für ein konkretes Ziel -  
127 beispielsweise dem Bau einer Skaterbahn auf einem Sportgelände - auf bestimmte Zeit einset-  
128 zen können und nach kurzer Zeit Erfolge sehen können. Wir sehen diese als einen möglichen  
129 Schritt hin zu einem Jugendbeirat.

130 Da in der Stadtgemeinde Bremerhaven das Beirätewesen auf Stadtteilebene nicht existent ist,  
131 sind hier andere Wege notwendig. Aus unserer Sicht bietet sich hier die Entwicklung eines  
132 stadtweiten Jugendparlamentes an, für welches selbige Bedingungen zur finanziellen Ausstat-  
133 tung und zu seiner Wahl gelten.

134  
135 Der wichtigste Punkt bleibt allerdings dabei, dass Kinder und Jugendliche im Dialog und bei  
136 ihrer Beteiligung ernst genommen werden. Partizipation darf nicht nur eine inszenierte Show  
137 sein - aus ihr müssen Erfolge und Effekte sichtbar werden!

138 Wir fordern daher auch einen strukturellen Umbau von „Jugend im Parlament“ (JiP) von einer  
139 Politikshow hin zu repräsentativer Beteiligung aller Jugendlichen auf der Landesebene. Mit  
140 „Jugend im Parlament“ veranstaltet der Landtag ein jährlich tagendes Jugendparlament, mit  
141 dem primären Ziel, Jugendlichen Politik näher zu bringen und ihnen Spaß am Diskutieren und  
142 Debattieren zu vermitteln. Die teilnehmenden Jugendlichen sollen mit ihren Resolutionen, die  
143 sie im JiP erarbeiten und verabschieden, einen echten Einfluss auf den Ablauf der Bremer Lan-  
144 despolitik ausüben. Dazu erhalten die beschlossenen Resolutionen den Rang von Bürgerschafts-  
145 anträgen und gehen als Drucksache in das Plenum der Bremischen Bürgerschaft ein, wo sie von  
146 den Abgeordneten debattiert

147 werden. Dies zeigt zwar, dass die Ergebnisse der Jugendlichen wohl Eingang in die Landespoli-  
148 tik finden, aber auf echter Beteiligung von Jugendlichen nicht beruhen: Bislang hat das Ju-  
149 gendparlament nicht viel mit Partizipation zu tun, da die 83 Teilnehmerinnen und Teilnehmer  
150 nicht die Bremer Jugend vertreten. Sie werden nicht von dieser in das Gremium gewählt, son-  
151 dern können sich freiwillig dafür bewerben. Häufig beteiligten sich daher in den letzten Jahren  
152 Schülerinnen und Schülern der gleichen Schulen, in denen das JiP auch von Lehrerinnen und  
153 Lehrern aktiv beworben wird.

154 Das steht nicht im Einklang mit echter Demokratie, welche durch das Jugendparlament gelebt  
155 werden soll. Wirft man einen Blick auf die vom Jugendparlament gebilligten Resolutionen der  
156 letzten Jahre, besonders im Jahr 2007, so fielen besonders die vielen konservativen Beschlüsse  
157 auf, die auch einem Beschlusspapier der Bremer CDU ähnlich sehen könnten. Hierzu zählt insbe-  
158 sondere die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems, das durch frühe Selektion besonders  
159 Spätentwicklern wenige Bildungschancen bietet. Weiter deuten Parallelen zur CDU auch mit  
160 der Forderung nach einer Aufstockung der Polizei oder der Herabsetzung der Strafmündigkeit  
161 Jugendlicher auf 12 Jahre hin.

162 Hier ließ sich feststellen, dass parteipolitische Jugendorganisationen ihre Mitglieder dort orga-  
163 nisiert hatten. Mit dieser Instrumentalisierung wird der Sinn und Zweck des Jugendparlamentes  
164 verfehlt. Hinzu kommt, dass im Jahr 2010 den Jugendlichen die Themen für die Ausschüsse  
165 vorgegeben wurden. Das hat ebenfalls nicht viel mit Demokratie zu tun, da die Jugendlichen  
166 nicht selbst entscheiden konnten, welche Themen sie selbst gerne debattieren wollten. Zwar  
167 konnten sie im Jahr 2012 erstmals vier von 15 Themen im Vorfeld online auswählen, aber vor-

168 ab keine Themenvorschläge einreichen. Echter Parlamentarismus lebt von Eigeninitiative - mit  
169 den Themenvorschlägen werden  
170 die Jugendlichen vor vollendete Tatsachen gestellt. Damit verkommt das Instrument, das De-  
171 mokratie und Politik näher bringen soll zu einem Show-Event, was mit echter Bürger- besser  
172 Jugendbeteiligung, wie sie auch von SPD und Grünen im Koalitionsvertrag gefordert wird,  
173 nichts mehr zu tun hat. Spätestens hier steht für uns fest, dass das JiP dringend einer Reform  
174 bedarf!

175

176 Wir fordern deshalb, dass die im neuen Beirätegesetz verankerten Bestimmungen zur Einrich-  
177 tung von Jugendbeiräten auf Stadtteilebene in Bremen sowie ein mögliches Jugendparlament  
178 in der Stadtgemeinde Bremerhaven neue Basis für ein repräsentatives Jugendparlament im  
179 Land Bremen werden.

180 Das jetzige „Jugend im Parlament“ insofern umfunktioniert werden, dass die Mitglieder der  
181 Jugendbeiräte aus allen Stadtteilen Bremens und einem Jugendparlament der Stadt Bremer-  
182 haven einmal jährlich zusammenkommen und somit ein durch die Jugend repräsentativ ge-  
183 wähltes Jugendparlament stellen, dessen Beschlüssen die Bremische Bürgerschaft gewiss noch  
184 mehr Gehör schenken muss.

185 In Bezug auf „Politik als Planspiel“ in Form von Wettbewerben möchten wir ergänzen, dass JiP  
186 gerade durch seine Zielsetzung und den Einfluss auf die bremische Landespolitik mehr als ein  
187 Planspiel ist und erst recht kein Wettbewerb ist - daher muss es zur echten Beteiligung ausge-  
188 baut werden! Neben dem bundesweiten Wettbewerb „Jugend debattiert“, der auch zukünftig  
189 zur Ermittlung von Landessiegern in der Bremischen Bürgerschaft durchgeführt wird und das  
190 Debattieren fördern soll, ist eine repräsentative Beteiligung aller Jugendlichen in Bremen  
191 weitaus wichtiger!

192

193 Einen weiteren Ansatzpunkt für echte Partizipation stellt die finanzielle Ausstattung der Betei-  
194 ligungsangebote dar. Diesen Ansatz verfolgt auch der Koalitionsvertrag - wir fordern nun die  
195 aktive, flächendeckende Umsetzung auf zweierlei Wegen: Dort, wo noch keine Globalmittel in  
196 der Beiratsarbeit den Jugendbeiräten oder anderen Beteiligungsformen zur Verfügung gestellt  
197 werden, sind die Beiräte zu Beschlüssen aufzufordern. So soll sichergestellt werden, dass jedes  
198 Jahr eine entsprechende Summe für den Jugendbeirat bzw. für andere Beteiligungsformen zu  
199 Verfügung steht, über deren Verwendung Kinder und Jugendliche selbst entscheiden können -  
200 denn das ist echte Beteiligung!

201 Auf der anderen Seite ist endlich die Forderung flächendeckend umgesetzt werden, dass bei  
202 allen (großen) Beteiligungsprojekten, die sich nicht nur auf einen Stadtteil beziehen - wie zum  
203 Beispiel bei großen Planungsverfahren - von vorneherein eine Planungssumme für die Beteili-  
204 gung junger Menschen eingestellt werden muss. Denn echte Beteiligung spielt sich nicht nur  
205 auf der Stadtteile-Ebene ab.

206

207 Vielmehr ist Partizipation in weiteren Lebensbereichen von Kindern auch über den Stadtteil  
208 hinaus unabdingbar. Deshalb fordern wir auch verbesserte Mitspracherechte von jungen Men-  
209 schen bei allen Themen, die sie jetzt und in Zukunft betreffen. Diese sehen wir vor allem in  
210 den Bereichen „Bildung“ und „(Gesamt-)Stadtentwicklung“.

211 Für die Mitsprache bei Angelegenheiten, die das Bildungs-/Schulwesen betreffen, sind partizi-  
212 pative Möglichkeiten zu entwickeln. Hier kann zum Beispiel die Möglichkeit geschaffen wer-  
213 den, der GesamtschülerInnenvertretung ein Stimmrecht in der städtischen und staatlichen De-  
214 putation für Bildung einzuräumen, wenn diese GSV wirklich repräsentativ von allen Schülerin-  
215 nen und Schülern gewählt wird. Parallel dazu ist den Allgemeinen Studierendenausschüssen der  
216 Hochschulen im Land Bremen zumindest ein aktives Beratungsrecht im Wissenschaftsausschuss  
217 der Bremischen Bürgerschaft einzuräumen. Die ASten könnten über eine zu gründende eigene  
218 Landesarbeitsgemeinschaft dieses Recht wahrnehmen.

219

220 Die kinder- und jugendgerechte Stadtplanung spielt gerade für die Sport- und Freizeitgestal-  
221 tung eine große Rolle. Gerade bei der Stadtentwicklung von Bremen und Bremerhaven sind  
222 auch Orte von jungen Menschen betroffen - wie beispielsweise Freizis, Sporteinrichtungen und  
223 weitere Treffpunkte aber auch die Kindergarten- und Schulwegeplanung. Aus unserer Sicht  
224 werden die für die Stadtentwicklung eingeführten Beteiligungsverfahren für Bürgerinnen und  
225 Bürger nicht kinder- und jugendgerecht durchgeführt. Eine Ausnahme bildete zu Teilen das  
226 Beteiligungsverfahren zum neuen Hulsberg-Viertel in Bremen, in welches auch Kinder und Ju-  
227 gendliche aktiv durch ein eigenes

228 Verfahren einbezogen wurden. Fraglich ist nun, inwieweit ihre Wünsche und Ideen im weiteren  
229 Planungsverfahren Eingang finden.

230 Wir fordern daher weiter, dass neben der bereits genannten Planungssumme, kinder- und ju-  
231 gendgerechte Methoden - wie die oben genannten Foren oder Projekte, auch bei Beteiligungs-  
232 verfahren durchgeführt werden und die Ergebnisse anschließend auch wirklich Eingang in das  
233 weitere Planungsverfahren finden. Da unsere Forderungen eine Weiterentwicklung der Ideen  
234 aus dem Koalitionsvertrag darstellen, möchten wir, dass sich zunächst die SPD im Land Bremen  
235 ebenenübergreifend mit der Beteiligung von jungen Menschen auseinandersetzt und darauf  
236 aufbauend ihren Forderungen im Koalitionsvertrag endlich Taten folgen lässt. Dies funktioniert  
237 aus unserer Sicht nur, wenn innerparteilich ein vernünftiges Konzept zur Kinder- und Jugend-  
238 beteiligung aufgestellt wird, in welchem wir unsere Forderungen wiederfinden.

239